

Diesseits und jenseits der Leitha

Es kracht in allen Zugen der alten Donau-Monarchie, die Kräfte drängen aufwärts und wollen die alte Schale sprengen, in der sie noch zusammengehalten werden. Der nicht mehr aufzuhaltende Zerfall Cisleithaniens in mehrere Reiche, für die ein gemeinsames Band noch nicht gefunden worden ist, hat nun auch seine Wirkung in Transleithanien ausgeübt. Man fühlt sich dort nicht mehr an den Ausgleich von 1867 gebunden, auf dem heute noch das staatsrechtliche Verhältnis zwischen den beiden Reichshälften beruht. Jener Ausgleich, so sagen die Ungaren, beruhte auf dem Grundsatz gegenseitiger Verteidigung und ist heute Oesterreich noch imstande, diese Pflicht auf sich zu nehmen? Angesichts der Bestrebungen, die in diesen Tagen auf völlige Trennung weiter Gebiete vom deutschen Oesterreich arbeiten, wird die Frage entschieden verneint und in Ungarn scheinen alle Parteien, von Tisza bis Karolyni, darin einig zu sein, daß an ein Weiterbestehen des jetzigen Verhältnisses nicht zu denken sei. „Unabhängigkeit und freie Hand auf der ganzen Linie!“ so tönt es heute von Osten über die Leitha. Als einziges Band zwischen beiden Ländern erkennt man in Ungarn nur noch die Personal-Union an. Sehr bezeichnend für die Lage ist die Tatsache, daß Ungarn jetzt schon darauf dringt, bei den Friedensverhandlungen durch einen eigenen Vertreter mitzuwirken. Der gemeinsame österreichisch-ungarische Außen-Minister könne unmöglich mehr die Interessen Ungarns und Oesterreichs zugleich vertreten. So soll Graf Julius Andrássy als ungarischer Unterhändler am Kongress sitzen.

Und zugleich ist im Ausschuß des Bundes der ungarischen Fabrik-Industriellen offen ausgesprochen worden, daß man bei der veränderten Lage Ungarns verlangen müsse, daß die in Salzburg mit Deutschland getroffenen Vereinbarungen für null und nichtig erklärt würden. Man rechnet also hier mit einer völligen Neuorientierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und sucht sich rechtzeitig vor unliebsamen Ueberraschungen zu schützen.

In engstem Zusammenhange damit stehen die Fragen des Südslawen-Reiches, an dem Ungarn direkt interessiert ist. In einer Audienz beim König haben die „vier Grafen“, die heute in Ungarn die Parteien repräsentieren, Tisza, Andrássy, Apponyi und Karolyni, einmütig erklärt, die Lösung der südslawischen Frage könne nur im Rahmen Ungarns erfolgen. Das heißt, wenn Kroatien, Slawonien, Bosnien und die Herzegowina sich zu einem neuen Staate zusammenschließen, so könne das nur im Anschluß an Ungarn geschehen. Kroatien mit Slawonien gehört bekanntlich schon jetzt zu den

Ländern der Stejanskrone. Man sähe es nun in Ungarn gerne, wenn sich Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina auch an dieses Land anschließen, unter Berufung auf das von allen Seiten proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Bevor die Ungaren aber in den Kampf für all diese Dinge eintreten, müssen sie im Innern die Einigkeit herstellen. Und so suchen sie gegenwärtig nach einem Manne, der die gegensätzlichen Elemente zusammenfassen könnte. Wefersle erklärt klipp und klar, er gehe, weil er keine Nebenregierung neben sich dulde. Als Nachfolger nennt man den Präsidenten des Magnatenhauses, Dr. Wlassics. Doch sind bisher noch keine Entscheidungen getroffen.

Auch in Cisleithanien ist eine Veränderung in der Regierung unmittelbar bevorstehend. Man berichtet, daß die Demission Husarcs angenommen und daß der bisherige Ackerbau-Minister, Graf Silva-Tarouca, zu seinem Nachfolger ausersehen sei. Amtliche Bestätigung liegt einstweilen noch nicht vor. Immerhin scheint der Name Lammasch ausgeschaltet. Bekanntlich wurde zunächst berichtet, es bestעה in Wien die Absicht, den bekannten Völkerrechtslehrer und Pazifisten mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Es war offenbar mehr der Wunsch einer bestimmten Richtung, als die Absicht der Krone.

In den amtlichen Kreisen denkt man daran, ein „Völkerministerium“ zu bilden, in das alle Nationen des Reiches einen Vertreter entsenden sollen. Ob heute noch alle mitmachen wollen? Nach den letzten Erklärungen der Tschechen ist das sehr zweifelhaft. Dieses Völkerministerium hätte nämlich die Aufgabe, die Konstituierung neuer Staaten nach nationalen Gesichtspunkten durchzuführen, aber — innerhalb der Grenzen des heutigen Oesterreich. Der Besprechung dieses Planes galt die Massen-Audienz, in der Kaiser Karl mit den Parteiführern verhandelte. Ueber ein greifbares Ergebnis dieser Verhandlung ist heute noch nichts bekannt.